
Der „Große Krieg“ als Beginn: das Verhältnis zwischen traditionellen Ordnungskonzepten, Faschismus und Autoritarismus

Arnd Bauerkämper



Prof. Dr. Arnd Bauerkämper, geb. 1958 in Detmold, Professor für die Geschichte des 19. und 20. Jahr-

hunderts an der Freien Universität Berlin und Principal Investigator im Internationalen Graduiertenkolleg „Human Rights under Pressure“. Studium der Geschichtswissenschaft und Anglistik an den Universitäten Bielefeld, Oxford und Göttingen. Promotion 1989, Habilitation 2001. Forschungsschwerpunkte u. a. Geschichte Großbritanniens im 19. und 20. Jahrhundert, Faschismus in Europa, Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

Abstract

The First World War led to a profound social and political mobilization as well as a radicalization that fuelled unrest and ultimately nourished fascism and communism. Yet it also gave rise to new authoritarian regimes. Some of them succeeded in suppressing or integrating fascist movements and parties. Authoritarian dictatorships were based on wartime state intervention and seized on entrenched values and expectations that resonated with the popular quest for security and stability. Even charismatic dictatorships depended on these traditional foundations of political rule. Yet the role of traditional values in the interwar period has been overshadowed by the concept of “The Age of Extremes” (Eric Hobsbawm) and virtually neglected by scholars. Without ignoring the important differences, historians and political scientists, in particular, are to relate authoritarian and fascist concepts of political and social order to each other. Moreover, it should be taken into account that the new dictatorships of the interwar period utilized and exploited traditional values and aspirations.

I. Einleitung

Auf den ersten Blick führte der Erste Weltkrieg einen fundamentalen Umbruch des internationalen Systems und der politischen Ordnung herbei, in Europa, aber auch darüber hinaus. Das Ende der ersten Phase der ökonomischen Globalisierung, der tief greifende Wandel im Verhältnis der Großmächte und die Krise des Fortschrittsoptimismus in den bürgerlichen Gesellschaften gehörten zu den einschneidenden Folgen des „Großen Kriegs“. Nicht zuletzt entzog der Kollaps der multiethnischen Imperien (Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Russisches Zarenreich) 1918 absolutistischen und konstitutionellen Monarchien weitgehend ihre Legitimität und Attraktivität. Diesen Erosionsprozess besiegelte

auch aus der Sicht vieler Zeitgenossen der Aufstieg faschistischer Bewegungen, der untrennbar mit den Folgelasten des Ersten Weltkriegs verbunden war.

Allerdings hatte sich schon mit dem Krisendiskurs um 1900, vor allem aber in den Jahren von 1914 bis 1918 gleichfalls ein neuer Autoritarismus herausgebildet, an den in den 1920er- und 1930er-Jahren antidemokratische und illiberale Gruppen, Bewegungen und Regimes anknüpften. Der Aufstieg des Autoritarismus und Faschismus in der Zwischenkriegszeit setzte aber auch die Abwendung von den neuen Demokratien voraus, die in den 1930er-Jahren deutlich hervortrat, als in Europa nur noch Großbritannien, Frankreich, die Tschechoslowakei, die skandinavischen Staaten und die Schweiz demokratisch verfasst waren. Die autoritären und faschistischen Politiker nahmen jedoch die Partizipationsansprüche der Bevölkerung auf und nutzten auch traditionale Ordnungsvorstellungen und Stabilitätserwartungen, um ihren Diktaturen Legitimität zu verleihen.¹ Der Erste Weltkrieg, der als Konflikt zwischen den Ordnungen der zentraleuropäischen Monarchien und des liberalen Parlamentarismus Englands verstanden werden kann, verstärkte damit zwar Entwicklungen, die im späten 19. Jahrhundert eingesetzt hatten; er war aber in diese Prozesse eingebettet, die sich bis in die 1930er-Jahre erstreckten und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg grundsätzlich noch durchaus offen waren. Die blutige Auseinandersetzung eröffnete damit einen kontingenten Ermöglichungshorizont.²

Im Hinblick auf die Entwicklung politischer Ordnungen wirkte sich der Erste Weltkrieg grundsätzlich ambivalent aus. So war der Zerfall vieler zunächst kräftiger Demokratien in den späten 1920er- und frühen 1930er-Jahren durchaus nicht a priori festgelegt, denn besonders die umfassende Mobilisierung im Ersten Weltkrieg hatte auch Debatten und Maßnahmen zur sozialen Fundierung von Demokratien ausgelöst. Insofern trieb der globale Konflikt zunächst die Demokratisierung voran, von Deutschland bis Japan.³ Jedoch sind auch die erheblichen Belastungen der neuen demokratischen Ordnungen angesichts der Kriegsfolgen nicht zu unterschätzen. Sie müssen in die Geschichtsschreibung einbezogen werden, ohne auf teleologische Deutungen zurückzufallen. So mu-

1 Vgl. Roger Eatwell, *The Concept and Theory of Charismatic Leadership*. In: Ders./ António Costa Pinto/Stein Ugelvik Larsen (Hg.), *Charisma and Fascism in Interwar Europe*, London 2007, S. 3–18, hier 5 f. Vgl. auch David Reynolds, *The Long Shadow. The Great War and the Twentieth Century*, London 2013, S. 42.

2 „[T]he Great War resolved far less than it set in train.“ Zit. nach John Horne, *The Great War and its Centenary*. In: Jay Winter (Hg.), *The Cambridge History of the First World War*, Band 3: *Civil Society*, Cambridge 2014, S. 618–639, hier 635. Zur langfristigen Perspektive: Anselm Doering-Manteuffel, *Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 63 (2014), S. 321–348, hier 323–326. Vgl. auch Elise Julien, *Der Erste Weltkrieg*, Darmstadt 2014, S. 104–108.

3 Vgl. Frederick Dickinson, *Toward a Global Perspective of the Great War: Japan and the Foundations of a Twentieth-Century World*. In: *American Historical Review*, 119 (2014), S. 1154–1183, hier 1160, 1165–1167, 1171 f., 1182.

tierten Demokratien im 20. Jahrhundert wiederholt zu „konstitutionellen Diktaturen“, indem ihre Eliten im Namen der Sicherheit grundlegende Freiheiten einschränkten.⁴ Zudem begünstigte die beschleunigte Demokratisierung auch illiberale Ideologien und Gruppen. Der Verlauf und Ausgang des Ersten Weltkriegs ermöglichten nicht nur die Bildung neuer Demokratien, sondern stärkten zugleich autoritäre Mentalitäten. Überdies verfestigte der Konflikt politische Kulturen, die – im Gegensatz zum Faschismus – ihrerseits traditionale Werte, Normen und Vorstellungen aufnahmen. Insgesamt führte der Erste Weltkrieg zu einer Transformation, nicht aber zum Zusammenbruch des Traditionalismus und Autoritarismus als Konzepte und Formen politisch-gesellschaftlicher Ordnungen.⁵

Dieser Beitrag soll den Ersten Weltkrieg in die Geschichte des 20. Jahrhunderts einordnen, besonders hinsichtlich der Auflösung, Neuformierung und Kontinuität von Konzepten und Formen politisch-gesellschaftlicher Ordnung. Unter diesen Gesichtspunkten konzentriert sich der Aufsatz auf den Faschismus und Autoritarismus als Herausforderungen traditionaler Ordnungskonzepte und deren Funktionen für den Zerfall demokratischer Systeme. Die sozial-ökonomischen Verwerfungen der Nachkriegszeit wirkten dabei wie ein Katalysator auf die autoritären und faschistischen Kräfte, die das ordnungspolitische Desiderat für ihre Zwecke instrumentalisieren konnten.

Eine fundamentale Herausforderung der Demokratien ging schon seit 1917 von der bolschewistischen Revolution aus, deren führende Vertreter (besonders Wladimir Iljitsch Lenin) weltweit einen Umsturz der „bürgerlich-kapitalistischen“ Gesellschaften propagierten und auch eine fundamentale Umwälzung des System der internationalen Staatenbeziehungen anstrebten. Unmittelbar um die Gestaltung der Nachkriegsordnungen konkurrierten aber vor allem die Anhänger des Faschismus und Autoritarismus, auf die sich die folgende Darstellung konzentrieren wird. Faschistische Bewegungen und Regimes waren zweifellos die fundamentalste Herausforderung der Demokratien, die im „Wilsonian Moment“ 1918/19

4 Vgl. Clinton Rossiter, *Constitutional Dictatorship. Crisis Government in the Modern Democracies*, Princeton 1948. Vgl. auch Karl Loewenstein, *Militant Democracy and Fundamental Rights*. In: *American Political Science Review*, 31 (1937), S. 638–658. Zur Diskussion: Bernd Greiner, *Konstitutionelle Diktatur. Clinton Rossiter und Notstandspolitik in modernen Demokratien*. In: *Mittelweg* 36, 22 (2013) 1, S. 24–40; Giorgio Agamben, *State of Exception*, Chicago 2005.

5 Die Chancen der Demokratisierung nach dem Ersten Weltkrieg werden überbetont und die Ambivalenzen der Prozesse unterschätzt in Tim B. Müller, *Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 62 (2014), S. 569–601, hier 571–575, 601; ders., *Krieg und Demokratisierung. Für eine andere Geschichte Europas nach 1918*. In: *Mittelweg* 36, 23 (2014) 4, S. 30–52, hier 41. Zum Konzept der „politischen Kultur“, das hier nicht detailliert erläutert werden kann, vgl. Arnd Bauerkämper, *Politische Kultur. Überlegungen zur Erneuerung eines Konzepts in transnationaler Perspektive*. In: Wim van der Meurs/Dietmar Müller (Hg.), *Institutionen und Kultur in Südosteuropa*, München 2014, S. 41–67.

z.T. – so in neuen Staaten Ostmitteleuropas – erst aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen waren.⁶

Jedoch behauptete sich der neue Autoritarismus, der gegen die Demokratie und den Liberalismus ebenso wie gegen den aufkommenden Kommunismus gerichtet war, in den 1920er-Jahren in vielen Staaten Europas gegenüber dem Faschismus. Ebenso im darauffolgenden Jahrzehnt wie auch im Zweiten Weltkrieg konnten in Ländern wie Spanien, Rumänien und Ungarn (bis 1944) autoritäre Diktatoren ihre Macht sogar gegen faschistische Bewegungen verteidigen. Hier hatte die oligarchische Herrschaft fragmentierter traditionaler Eliten zwar wiederholt politische Skandale und politische Krisen herbeigeführt, in denen breite Bevölkerungsgruppen von faschistischen Bewegungen mobilisiert worden waren. Der demokratische Anspruch des Faschismus wurde aber von den jeweiligen autoritären Diktatoren in ihre Regimes eingebunden.⁷ Nach dem Zweiten Weltkrieg verlieh diesen Systemen in Südeuropa (so in Spanien Francisco Francos Regime bis 1975, dem Estado Novo António de Oliveira Salazars und Marcelo Gaetanos in Portugal bis 1974 sowie dem Obristen-Regime in Griechenland von 1967 bis 1974) der Antikommunismus im Kontext des Kalten Kriegs nochmals Auftrieb.⁸

In den folgenden Ausführungen ist zunächst eine begrifflich-konzeptionelle Reflexion und Erläuterung unabdingbar. Daran anschließend sollen Grundzüge politisch-gesellschaftlicher Ordnungen im 20. Jahrhundert vermittelt werden. Der dritte Abschnitt widmet sich der autoritär-etatistischen Umformung monarchischer und demokratischer Systeme im Ersten Weltkrieg. Anschließend wird anhand des Regimes, das Ion Antonescu in Rumänien errichtete, gezeigt, dass sich in der Zwischenkriegszeit der Autoritarismus auch angesichts der Herausforderung des Faschismus behauptete. Der Beitrag schließt mit allgemeineren Überlegungen zu den Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf autoritäre und faschistische Konzepte und Strukturen politisch-gesellschaftlicher Ordnung.

6 Vgl. Erez Manela, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford 2007.

7 Hier folgt die Darstellung z.T. Überlegungen Dylan Rileys, der aber den demokratischen Anspruch der Faschisten überbetont. Vgl. Dylan Riley, *The Civic Foundations of Fascism in Europe. Italy, Spain, and Romania, 1870–1945*, Baltimore 2010, S. 16–18, 21, 194.

8 Vgl. Martin Blinkhorn, *Fascism and the Right in Europe, 1919–1945*, Harlow 2000, S. 31–93; ders., Introduction: Allies, Rivals, or Antagonists? Fascists and Conservatives in Modern Europe. In: Ders. (Hg.), *Fascists and Conservatives. The Radical Right and the Establishment in Twentieth-Century Europe*, London 1990, S. 1–13. Dazu jetzt auch die Beiträge in António Costa Pinto/Aristotle Kallis (Hg.), *Rethinking Fascism and Dictatorship in Europe*, New York 2014.

II. „Traditionalismus“, „Autoritarismus“, „Faschismus“ und „defekte Demokratien“

Max Weber hat „Traditionalismus“ als Form gesellschaftlichen Bewusstseins und Verhaltens, vor allem aber als Typ legitimer Herrschaft und sozialer Ordnung gefasst. Nach dem deutschen Soziologen beruht traditionale Herrschaft „auf dem Alltagsglauben an die Heiligkeit von jeher geltender Traditionen und die Legalität der durch sie zur Autorität Berufenen“. Sie basiert auf dem Glauben an überlieferte Traditionen und die Legitimität der sich auf diese berufenden Befehlsgewalt.⁹ Ebenso wie die charismatische und die rational-bürokratische Herrschaft bietet sie damit die „Chance, für einen Befehl angebbaren Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“.¹⁰ Weber unterscheidet dazu eine „Herrschaft kraft Interessenkonstellation (insbesondere kraft monopolistischer Lage)“ – so eines Unternehmers auf dem Markt – und „Herrschaft kraft Autorität (Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht)“. Diese erkannte er besonders in der „autoritären Gewalt eines an die schlechthinige Pflicht des Gehorchens appellierenden Hausvaters oder Monarchen“.¹¹ Damit band Weber Autorität – ebenso wie schon Thomas Hobbes in seiner Schrift „Leviathan“ (1651) – eng an die Souveränität einer „rein dezisionistischen Befehlsgewalt“, ungeachtet der „materiellen Gerechtigkeit“¹² von Befehlen. Letztlich legte der deutsche Soziologe einerseits eine enge Affinität von autoritärer und traditionaler Herrschaft nahe. Andererseits hat er autoritäre Ordnungen auf besonders asymmetrische Machtverhältnisse zurückgeführt.

Allerdings hatte Weber seine Überlegungen zur autoritären Herrschaft ohne Kenntnis der neuen Diktaturen verfasst, die sich nach dem Ersten Weltkrieg herausbildeten, sodass seine Darstellung im Hinblick auf die autoritäre und faschistische Herrschaft ergänzt werden muss. Dazu sind die Überlegungen von Juan Linz weiterführend, der autoritäre Regimes besonders von faschistischen Mobilisierungsdiktaturen abgegrenzt hat. Diese zielten nach dem Konzept des spanisch-amerikanischen Politikwissenschaftlers nicht auf eine Bewahrung, sondern auf eine Überwindung des politisch-gesellschaftlichen Status quo. Dafür gewannen faschistische Führer vor allem marginalisierte und deklassierte Gruppen.

9 Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, 2. Halbband, 5. Auflage Tübingen 1976, S. 124. Vgl. auch Siegfried Wiedenhofer, *Tradition, Traditionalismus*. In: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Band 6, Stuttgart 1990, S. 607–650, hier 644. Vgl. auch Petra Neuenhaus, *Max Weber: Amorphe Macht und Herrschaftsgehäuse*. In: Peter Imbusch (Hg.), *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien*, Opladen 1998, S. 77–93, hier 80.

10 Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 28. Dazu als Überblick: Neuenhaus, *Max Weber*, S. 87.

11 Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 977, 979.

12 Zit. nach Horst Rabe, *Autorität*. In: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Band 1, Stuttgart 1972, S. 382–406, hier 392.

Die Faschisten waren auf „mobilisierende Kräfte“¹³ – so ein ausgeprägtes Krisenbewusstsein – angewiesen. Dabei stützten sie sich – im Gegensatz zu autoritären Herrschern – auf Massenparteien und paramilitärische Organisationen. Faschisten strebten nach politisch-sozialer Integration und Partizipation, auch indem sie das vergesellschaftende Potenzial bürgerlicher Vereine nutzten. Letztlich beanspruchten faschistische Diktaturen eine lückenlose Erfassung der Gesellschaft. Sie strebten zwar die Zerstörung von Demokratien an, nahmen aber deren partizipatorische Angebote in Dienst, gingen von der erreichten politischen Mobilisierung aus und täuschten eine demokratische Beteiligung des Volks an den politischen Entscheidungen vor. Faschistische Bewegungen waren damit gleichermaßen antidemokratisch, pseudodemokratisch und postdemokratisch.¹⁴

Demgegenüber stützten sich autoritäre Kräfte – so Linz – auf überkommene Eliten wie die Monarchie, das Militär und die katholische Kirche, um die traditionale gesellschaftliche Hierarchie zu konservieren, z.B. mittels eines weitreichenden Zusammenschlusses in einer „organischen“, korporativen Staatsorganisation. Dabei ließen autoritäre Regimes zumindest einen begrenzten politischen Pluralismus zu, der allerdings nicht institutionalisiert und ausschließlich von den Machthabern bestimmt und reglementiert worden sei. Schließlich unterscheiden sich autoritäre Herrscher durch ihre Bindung an kulturelle Traditionen (z.B. Religionen) von der antibürgerlichen Ideologie faschistischer „Führer“ und ihrer Gefolgschaft, die ihren plebiszitären politischen Aktivismus gegen etablierte Autoritäten richteten. Dazu propagierten sie auch Utopien wie den „neuen Menschen“. Nach Linz sollten autoritäre Regimes demgegenüber letztlich bestehende gesellschaftliche und politische Ordnungen einfrieren, in denen Partizipation deshalb ebenso eingedämmt wurde wie die Aktivität von Parteien. Damit hätten „bureaucratic-military

13 Zit. nach Robert Paxton, *Anatomy of Fascism*, New York 2004, S. 81–118. Vgl. auch António Costa Pinto, *The Nature of Fascism Revisited*, New York 2012, S. 219; Sven Reichardt, *Faschistische Tatgemeinschaften. Anmerkungen zu einer praxeologischen Analyse*. In: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hg.), *Der Faschismus in Europa. Wege der Forschung*, München 2014, S. 73–88, hier 80; Michael Mann, *Fascists*, Cambridge 2004, S. 51, 358; Jerzy W. Borejsza, *Schulen des Hasses. Faschistische Systeme in Europa*, Frankfurt a. M. 1999, S. 149 f., 209; Kevin Passmore, *Fascism. A Very Short Introduction*, Oxford 2002, S. 27. Zu weitgehend die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Demokratien und dem Faschismus verwischend: Sven Reichardt, *Faschistische Beteiligungsdiktaturen. Anmerkungen zu einer Debatte*. In: José Brunner (Hg.), *Politische Gewalt in Deutschland. Ursprünge – Ausprägungen – Konsequenzen*, Göttingen 2014, S. 133–157, hier 136–139. Ähnlich überzogen die Deutung des Faschismus als „authoritarian democracy“ in: Riley, *Foundations*, S. 3, 18. Riley, der „Demokratie“ letztlich auf Mobilisierung und Partizipation reduziert, rekonstruiert zu einseitig die Perspektive der Faschisten, besonders deren demokratischen Anspruch.

14 Vgl. Eckhard Jesse, *Die Totalitarismusforschung und ihre Repräsentanten. Konzeptionen von Carl J. Friedrich, Hannah Arendt, Eric Voegelin, Ernst Nolte und Karl Dietrich Bracher*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, B 20/98, S. 3–18, hier 4. Vgl. auch Karl Dietrich Bracher, *Nationalsozialismus, Faschismus und autoritäre Regime*. In: Hans Maier (Hg.), *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturenvergleichs*, Paderborn 1996, S. 357–381, hier 363.

or organic-statist regimes“¹⁵ schließlich die Bewahrung gesellschaftlicher Hierarchien und der politischen Vorherrschaft einer oligarchischen Elite angestrebt.

Zunächst ausschließlich eine Selbstbezeichnung der italienische Faschisten unter Benito Mussolini, dem König Vittorio Emanuele III. am 29. Oktober 1922 in Rom die Macht übertrug, avancierte der „Faschismus“ schon in den 1920er-Jahren des 20. Jahrhunderts zu einer fundamentalen politischen Herausforderung. Nachdem die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 in Deutschland die Macht errungen hatten, nahm der politische Einfluss faschistischer Bewegungen auch in anderen europäischen Staaten weiter zu. Obgleich die Anziehungskraft des italienischen Vorbilds in den 1930er-Jahren zurückging, spiegelte die semantische Ausweitung des „Faschismus“ zu einem Gattungsbegriff letztlich die zeitgenössische Erkenntnis wider, dass sich die damit bezeichneten Bewegungen und Gruppen in verschiedenen europäischen Staaten zu einer fundamentalen Bedrohung der Demokratie entwickelt hatten.¹⁶

In der historischen Forschung hat sich inzwischen ein weitgehender Konsens über einen generischen Faschismusbegriff herausgebildet. Damit wird nicht mehr vorrangig die Singularität von Bewegungen und Regimes betont, die lange analytisch voneinander getrennt worden sind. Vielmehr sind sie zunehmend miteinander verglichen worden. Auch Beziehungen und Verflechtungen haben verstärkt Aufmerksamkeit gefunden.¹⁷ Die einzelnen faschistischen Bewegungen teilten in

-
- 15 Zit. nach Juan J. Linz, *The Crisis of Democracy after the First World War*. In: Roger Griffin (Hg.), *International Fascism. Theories, Causes and the New Consensus*, London 1998, S. 175–188, hier 184. Vgl. auch ders., *Some Notes Toward a Comparative Study of Fascism in Sociological Historical Perspective*. In: Walter Laqueur (Hg.), *Fascism. A Reader's Guide*, London 1976, S. 3–121; Juan J. Linz, *Totalitäre und autoritäre Regime*. Hg. von Raimund Krämer, Berlin 2000. Ergänzend und zur Differenzierung autoritärer Regimes: Audunn Arnórsson, *Totalitäre und autoritäre Machtformen. Versuch einer Typologie*. In: Ludger Kühnhardt u. a. (Hg.), *Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politikwissenschaftlicher Vergleich*, Frankfurt a. M. 1994, S. 199–211; Roger Eatwell, *Introduction: New Styles of Dictatorship and Leadership in Interwar Europe*. In: Ders./Costa Pinto/Larsen (Hg.), *Charisma*, S. XXIII f.
- 16 Vgl. Fernando Exposito, *Faschismus und Moderne*. In: Schlemmer/Woller (Hg.), *Faschismus*, S. 45–57, hier 54. Allgemein zur Analyse von Krisen als Formen gesellschaftlicher Selbstwahrnehmungen, als Narrationsprozess und Diskursstrategie: Carla Meyer/Katja Patzel-Mattern/Gerrit Jasper Schenk, *Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive – eine Einführung*. In: Dies. (Hg.), *Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive*, Stuttgart 2013, S. 9–25, bes. 12; Thomas Mergel, *Einleitung: Krisen als Wahrnehmungspänomene*. In: Ders. (Hg.), *Krisen verstehen*, Frankfurt a. M. 2010, S. 9–22, bes. 14, 18 f.
- 17 Vgl. Thomas Schlemmer/Hans Woller, *Politischer Deutungskampf und wissenschaftliche Deutungsmacht. Konjunkturen der Faschismusforschung*. In: Dies. (Hg.), *Faschismus*, S. 7–15, hier 12; Arnd Bauerkämper, *Der Faschismus in Europa, 1918–1945*, Stuttgart 2005, S. 13–46, 166–182; ders., *A New Consensus? Recent Research on Fascism in Europe, 1918–1945*. In: *History Compass*, 4 (2006), S. 1–31 (http://www.blackwell-compass.com/subject/history/section_home?section=hico-europe); Constantin Iordachi, *Comparative Fascist Studies: an Introduction*. In: Ders. (Hg.), *Comparative Fascist Studies. New Perspectives*, London 2010, S. 1–50; Sven Reichardt, *Neue*

ideologischer Hinsicht eine scharfe Ablehnung der Demokratie. Sie verlangten eine radikale Einschränkung individueller Freiheit, die Beseitigung des gesellschaftlichen Pluralismus und die Unterordnung aller gesellschaftlichen Gruppen unter die uneingeschränkte Herrschaft der Parteiführung und der von dieser dominierten Staatsinstitutionen. Da sie sich als Kraft der Erneuerung verstanden, grenzten sich die Faschisten durchweg scharf von den traditionellen Parteien mit ihren (tatsächlich oder vermeintlich) erstarrten Strukturen ab. Auch kennzeichnete faschistische Bewegungen und Regimes ein spezifischer politischer Stil, der Aktionismus, Willenskraft und Uniformierung betonte. Erst die politische Aktion verankerte die Programmatik des Faschismus im Alltag ihrer Mitglieder und Anhänger, aber auch großer Gruppen der übrigen Bevölkerung. Zu diesem Integrationsprozess trugen Mythen, die Gewaltästhetik, paramilitärische Organisationsformen und der Gemeinschaftskult bei, die dem inneren Zusammenschluss durch Abgrenzung nach außen und der Demonstration von Entschlossenheit und Kampfkraft dienten. Ebenso wichtig waren charismatische Führerpersönlichkeiten, die eine permanente Mobilisierung sicherten und den „neuen Menschen“ verkörperten. Selbst wenn sie dabei nicht nur von der Anerkennung der Mitglieder und Wähler, sondern auch von außeralltäglichen Ereignissen (wie Krisen) abhängig waren, unterschied die charismatische Ausstrahlungskraft zumindest idealtypisch faschistische Parteien und Diktaturen von autoritären politischen Kräften.¹⁸

In beziehungsgeschichtlicher Sicht ist darüber hinaus hervorzuheben, dass der Erfolg der faschistischen Partei in Italien ebenso wie die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten die Gründung ähnlicher Bewegungen und Organisationen in anderen europäischen Staaten anregte. Der Faschismus kann daher als nationalistische, aber transnational verflochtene politische Strömung der europäischen Zwischenkriegszeit gefasst werden, die aus einer Krise im Übergang zur voll entfalteten, pluralistischen Industriegesellschaft, zur Massenpolitik und zur supranationalen Organisation der Staatenwelt hervorging, zwischen den Or-

Wege der vergleichenden Faschismusforschung. In: *Mittelweg* 36, 16 (2007), S. 9–25, hier 25; ders., Was mit dem Faschismus passiert ist. Ein Literaturbericht zur internationalen Faschismusforschung seit 1990, Teil 1. In: *Neue Politische Literatur*, 49 (2004), S. 385–406, hier 398 f.

18 Vgl. António Costa Pinto/Stein Ugelvik Larsen, Conclusion: Fascism, Dictators and Charisma. In: Costa Pinto/Eatwell/Larsen (Hg.), *Charisma*, S. 131–137, hier 132 f. Differenzierung des „Charisma“-Konzepts in: Eatwell, *Concept*, S. 6. Vgl. Mann, *Fascists*, S. 13–17; Sven Reichardt, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristum und in der deutschen SA*, Köln 2002; ders., *Praxeologie und Faschismus. Gewalt und Gemeinschaft als Elemente eines praxeologischen Faschismusbegriffs*. In: Karl H. Hörning/Julia Reuter (Hg.), *Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis*, Bielefeld 2004, S. 129–153; Christoph Kühberger, *Emotionaler Rausch: Zu den Mechanismen der Gefühlsmobilisierung auf faschistischen und nationalsozialistischen Festen*. In: Árpád von Klimó/Malte Rolf (Hg.), *Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen*, Frankfurt a. M. 2006, S. 177–192; Emilio Gentile, *Der „neue Mensch“ des Faschismus. Reflexionen über ein totalitäres Experiment*. In: Schlemmer/Woller (Hg.), *Faschismus*, S. 89–106, bes. 97 f., 101.

ganisationsprinzipien einer Bewegung und einer Partei oszillierte und für eine radikale politisch-kulturelle Erneuerung unter reaktionären Auspizien eintrat. Faschistische Bewegungen und Regimes suchten über traditionale Milieugrenzen hinweg, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, aber vor allem Jugendliche zu gewinnen, und sie inszenierten sich als verschworene Gemeinschaft eines Kampfbundes. Der Faschismus konstituierte einen europäischen Erfahrungs- und Handlungsraum. Die faschistischen Organisationen gewannen zwar auch außerhalb des Alten Kontinents Anhänger – so in Südamerika –, blieben aber letztlich an die krisenhaften Folgen des Ersten Weltkriegs in Europa gebunden.¹⁹

Während sie einzelne Elemente traditionaler und autoritärer Ordnungen aufnahmen, lehnten Faschisten demokratische Systeme kategorisch ab. Demokratie kann dabei definiert werden als rechtsstaatliche Herrschaftsform, die im Prinzip eine Selbstbestimmung für alle ermöglicht, indem sie die wesentliche Beteiligung von allen in freien (damit kompetitiven) und fairen Verfahren (z.B. Wahlen) und als relevant erachteten In- und Output-Prozessen des politischen Systems sichert und damit wiederum eine Kontrolle der politischen Herrschaft gewährleistet. Demokratien gewinnen ihre Legitimität besonders, indem sie Probleme effizient lösen (Output-Legitimation) und Partizipation gewährleisten (Input-Legitimation). Zwischen voll entfalteter und nicht existenter Demokratie (Diktatur oder Autokratie) können hinsichtlich der Zielsetzung, des Institutionendesigns und der Funktionsweise verschiedene Typen unterschieden werden. Im Hinblick auf die Funktionsweise ist zwischen funktionierenden und defekten Demokratien zu differenzieren. Für voll entfaltete, deliberative oder dialogische Demokratien sind die politische Gleichheit der Bürger, Freiheit und eine Kontrolle der Herrschaft konstitutiv. Fehlt eine dieser Dimensionen oder eine rechtsstaatliche Ordnung, muss von einer „defekten“ bzw. „delegativen Demokratie“ gesprochen werden. Sie ist gekennzeichnet durch „fehlende Kontrolle der Exekutive [...], Begrenzung der bürgerlichen Gleichheit und mangelnde Rechtsstaatlichkeit [...], die Ignorierung intermedärer Institutionen [...] und die Rückbindung der Legitimation an plebiszitäre Akte“.²⁰

19 Vgl. Armin Nolzen/Sven Reichardt (Hg.), *Faschismus in Italien und Deutschland. Studien zu Transfer und Vergleich*, Göttingen 2005; Arnd Bauerkämper, *Interwar Fascism in Europe and Beyond: Toward a Transnational Radical Right*. In: Martin Durham/Margaret Power (Hg.), *New Perspectives on the Transnational Right*, Houndmills 2010, S. 39–66.

20 Zit. nach Hans-Joachim Lauth, *Dimensionen der Demokratie und das Konzept defekter und funktionierender Demokratien*. In: Jörg Jacobs/Gert Pickel/Susanne Pickel (Hg.), *Demokratie. Entwicklungsformen und Erscheinungsbilder im interkulturellen Vergleich*, Frankfurt (Oder) 1997, S. 33–53, hier 46, 47 f.; vgl. auch Hans-Joachim Lauth/Gert Pickel/Christian Welzel, *Grundfragen, Probleme und Perspektiven der Demokratiemessung*. In: Dies. (Hg.), *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*, Opladen 2000, S. 7–26, hier 9, 13, 18; Gert Pickel/Susanne Pickel, „Demokratie im interkulturellen Vergleich“ – Komparatistik mit Äpfeln und Birnen? In: Dies./Jacobs (Hg.), *Demokratie*, S. 9–16. Umfassend zu den Grundlagen, Merkmalen und Typen der Demokratie: Manfred G. Schmidt, *Demokratiethorien. Eine Einführung*, 3. Auflage Opladen 2000, S. 226–374; Hans Vorländer, *Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien*, München 2003, bes. S. 93–105.

Diese Konzeption vermag die Vielfältigkeit von Demokratie und ihre Dynamik ebenso zu erfassen wie Übergänge zwischen demokratischen und diktatorischen Herrschaftsformen. Wie die Machtübertragung an Mussolini und Hitler in Italien bzw. Deutschland, aber auch an autoritäre Diktatoren in anderen Ländern Europas nach dem Ersten Weltkrieg zeigt, bergen delegative Demokratien die Gefahr eines Rückfalls in Diktaturen. Dabei ist das Verhalten der Eliten entscheidend.²¹ Zudem wird in der folgenden Darstellung argumentiert, dass zwar typologisch zwischen traditionaler, autoritärer und faschistischer Herrschaft unterschieden werden kann, in empirischer Hinsicht aber Überschneidungen und Wechselbeziehungen unverkennbar sind.

III. Politisch-gesellschaftliche Ordnungen in Europa im 20. Jahrhundert

Schon im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert hatten sich Herausforderungen herausgebildet, die Konzepten und Praxen der Gesellschaftskonstruktion in Europa kräftig Auftrieb verliehen. Angesichts der sich schrittweise ausweitenden politischen und gesellschaftlichen Partizipation auch der Unterschichten, der Ausweitung des Wahlrechts und der Auseinandersetzungen über Verfassungen mussten die Machthaber ihre Herrschaft zunehmend legitimieren. Zugleich drohte die wachsende wirtschaftliche Dynamik, die besonders von neuen Sektoren wie der Chemie- und Elektroindustrie ausging, gesellschaftliche Spannungen und politische Konflikte zu verschärfen. Nicht zuletzt förderte die zunehmende Mächterivalität im Zeitalter des Hochimperialismus in den einzelnen Nationen Forderungen nach einem umfassenden politisch-gesellschaftlichen Zusammenschluss. Die industrielle Klassengesellschaft, die sich in Europa schrittweise und regional unterschiedlich entfaltete, erschütterte die Sicherheit, welche die ständische Ordnung vermeintlich gewährleistet hatte. Damit öffnete sich zwischen „Erfahrungsraum“²² und „Erwartungshorizont“²³ in der „klassischen Moderne“²⁴

21 Vgl. Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Puhle, *Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade*, Wiesbaden 1999, S. 51–57; Wolfgang Merkel, *Die Konsolidierung postautoritärer und posttotalitärer Demokratien: Ein Beitrag zur theorieorientierten Transformationsforschung*. In: Hans Süßmuth (Hg.), *Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989–1995*, Baden-Baden 1998, S. 39–61, hier 50, 59.

22 Reinhart Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1979, S. 359, 364, 372. Dazu: Anders Schinkel, *Imagination as a Category of History: An Essay Concerning Koselleck's Concepts of Erfahrungsraum und Erwartungshorizont*. In: *History and Theory*, 44 (2005), S. 42–54, bes. 42, 45, 47 f., 52–54.

23 Koselleck, *Zukunft*, S. 359, 364, 372.

24 Detlev K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt a. M. 1987. Dazu auch: Rüdiger vom Bruch/August Nitschke/Gerhard A. Ritter (Hg.), *Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Moderne 1880–1930*, Reinbek 1990. James C. Scott, *Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condi-*

bzw. „Hochmoderne“ eine Kluft, die überbrückt werden musste. So dementierte die Dauerpräsenz politisch-sozialer Auseinandersetzungen im Deutschen Kaiserreich nahezu permanent die noch weitverbreiteten Ideale von Konsens und Homogenität. Zur Jahrhundertwende erreichten vor allem in den europäischen Monarchien „unter dem Anprall eines erneuten Modernisierungsschubes die Unsicherheit und Verstörung über die Gegenwart und Zukunft der eigenen Gesellschaft einen neuen Höhepunkt“.²⁵

Vor diesem Hintergrund entwickelten, vertraten und verbreiteten individuelle und kollektive Akteure in Europa im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert Vorstellungen künftiger Ordnung, die spezifische politisch-soziale Handlungspraktiken auslösten. Prozesse der Gesellschaftskonstruktion schlugen sich in den einzelnen Nationen zuvörderst in staatlichen Interventionen in wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse nieder. So übernahmen Staatseinrichtungen Aufgaben im Bereich der öffentlichen Sicherheit, der Wirtschaft (einschließlich des Finanz- und Steuerwesens), der Sozialfürsorge, Bildung und Kultur. Damit weiteten sich direkte Eingriffe in gesellschaftliche Prozesse aus, die reguliert und kontrolliert werden sollten. Sicherheit durch vorausschauende Planung avancierte zu einem wichtigen Feld nationalstaatlicher Politik. Der Erste Weltkrieg beschleunigte diesen Prozess maßgeblich. Er konfrontierte die staatlichen Institutionen mit präzedenzlosen Herausforderungen, vor allem im Hinblick auf ihre Durchsetzungsfähigkeit und Legitimität. Die Mobilisierung und Verteilung von Personal, Rohstoffen und enormen finanziellen Mitteln erforderten eine straffe Organisation. Damit entstand der Wohlfahrtsstaat, der zur Kriegführung gerüstet war, die europäischen Gesellschaften aber auch nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 anhaltend prägte.²⁶

Mit dem Faschismus und dem Kommunismus verließen der Erste Weltkrieg und der anschließende Friedensvertrag zwei Ordnungskonzepten Auftrieb, welche die bürgerliche Gesellschaft fundamental herausforderten und infrage stellten. Die Faschisten strebten ebenso wie die kommunistischen Bewegungen eine umfassende politische und sozioökonomische Neugestaltung an, um die jeweiligen Bevölkerungen auf ihre diktatorische Herrschaft auszurichten. Dieses Konzept schloss auch die Erziehung der einzelnen Menschen ein. Dabei rekurrten die Bolschewiki auf die humanistische Tradition, und sie vertraten einen universalen Anspruch. Demgegenüber hoben die Nationalsozialisten auf das Überleben der Deutschen als „arische“ Rasse ab. Die Führungen der Diktaturen in der Sowjetunion und im „Dritten Reich“ verfolgten mit der Formierung des „neuen Menschen“ aber gleichermaßen ein totalitäres Projekt, das enorme destruktive

tion Have Failed, New Haven 1998, S. 164; Ulrich Herbert, *Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century*. In: *Journal of Modern European History*, 3 (2006), S. 5–21.

25 Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 395.

26 Mit Bezug auf Großbritannien David Edgerton, *Warfare State: Britain, 1920–1970*, Cambridge 2005. Vgl. auch Horne, *Great War*, S. 632.

Energien freisetzte. Dieses war im Ersten Weltkrieg begründet, als der Zwang zur Mobilisierung von Soldaten und Zivilisten die Erneuerungsvisionen der Jahrhundertwende zu einer umfassenden Erziehungspolitik radikalisierte. Der „neue Mensch“ sollte den nun stigmatisierten liberalen Individualismus ablegen und sich vorbehaltlos in die „Volksgemeinschaft“ bzw. in das „Kollektiv“ einordnen.²⁷

Auch in den Demokratien nutzten die jeweils zuständigen und interessierten politischen und administrativen Akteure nach 1918 für die Praktiken der Sozialkonstruktion durchweg Expertenwissen, das seit der Jahrhundertwende im Zuge der „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ generiert worden war. Den Sozialexperten oblag vorrangig, Risiken zu identifizieren und die gesellschaftliche Entwicklung zu steuern. Dabei hoben sie nicht nur auf Disziplinierung und Repression ab, sondern auch auf die (Selbst-)Konditionierung der Menschen.²⁸

IV. Die autoritäre Aufladung monarchischer und parlamentarischer Ordnungen im Ersten Weltkrieg: Mobilisierung, Kontrolle und forcierte Staatsintervention

Im August 1914 löste der Beginn der militärischen Auseinandersetzung, die nahezu alle Regierungen zu einem nationalen Verteidigungskampf stilisierten, in den beteiligten Staaten eine breite Solidarisierung aus. Die Erwartung eines kurzen

27 Vgl. Peter Fritzsche/Jochen Hellbeck, *The New Man in Stalinist Russia and Nazi Germany*. In: Sheila Fitzpatrick/Michael Geyer (Hg.), *Beyond Totalitarianism*, Cambridge 2009, S. 302–341, bes. 302 f., 305, 309, 339, 341; Arnd Bauerkämper, *Die Utopie des ‚neuen Menschen‘ und die Herrschaftspraxis in modernen Diktaturen. Persönlichkeitsformung im NS- und SED-Regime*. In: Klaus Geus (Hg.), *Utopien, Zukunftsvorstellungen, Gedankenexperimente. Literarische Konzepte von einer „anderen“ Welt im abendländischen Denken von der Antike bis zur Gegenwart*, Frankfurt a.M. 2011, S. 203–227, hier 204–208; Eva-Maria Stolberg, *The Soul of Mankind. Das Konzept des „neuen Menschen“ in der Sowjetunion und den USA*. In: *Zeitschrift für Weltgeschichte*, 13 (2012) 1, S. 165–185, hier 164–176. Zum übergeordneten Deutungsrahmen Anselm Doering-Manteuffel, *Einleitung: Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts*. In: Ders. (Hg.), *Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts*, München 2006, S. 1–17, hier 16; ders., *Geschichte*, S. 326, 329f.; Wolfgang Schieder, *Die Umbrüche von 1918, 1933, 1945 und 1989 als Wendepunkte deutscher Geschichte*. In: Dietrich Papenfuß/Wolfgang Schieder (Hg.), *Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert*, Köln 2000, S. 3–18, bes. 11. Allgemein Lutz Raphael, *Recht und Ordnung. Herrschaft durch Verwaltung im 19. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 2000, S. 94–144.

28 Vgl. Lutz Raphael, *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für die Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts*. In: *Geschichte und Gesellschaft*, 22 (1996), S. 165–193, hier 166–185; ders., *Das Ende des Deutschen Reiches als Zäsur nationaler Expertenulturen? Überlegungen zu den Folgen des politischen Umbruchs 1945 für Technik und Wissenschaft in Deutschland*. In: Doering-Manteuffel (Hg.), *Strukturmerkmale*, S. 181–195. Vgl. auch Moritz Föllmer, *Der „kranke Volkskörper“*. Industrielle, hohe Beamte und der Diskurs der nationalen Regeneration in der Weimarer Republik. In: *Geschichte und Gesellschaft*, 27 (2001), S. 41–67.

Kriegs stärkte die Zustimmung zur Politik der jeweiligen Regierungen, und sie festigte vorübergehend auch die monarchischen Ordnungen, die sich auf einen breiten Konsens stützen konnten. Ebenso zementierten die hohen Opfer, die sich vor allem in der schnell wachsenden Zahl der Gefallenen niederschlug, zumindest bis 1915 den nationalen Konsens. Der weitreichende Zusammenschluss ließ in dieser Phase offene politische und gesellschaftliche Konflikte kaum zu. Auch deshalb blieben Zwangsmaßnahmen zunächst begrenzt, gleichermaßen bei der Rekrutierung neuer Soldaten, im Hinblick auf die Sicherung des gesellschaftlichen und politischen Engagements für die Nation und bei der wirtschaftlichen Organisation der Kriegführung. Allerdings wurden vor allem Feindstaatenangehörige und Dissidenten, die sich gegen die Kriegführung des eigenen Landes wandten, schon frühzeitig aus den jeweiligen nationalen Gemeinschaften ausgeschlossen. Freiheits- und Menschenrechte fielen – soweit sie vor 1914 bereits gewährleistet waren – schon in diesem Stadium autoritären Ordnungskonzepten zum Opfer.²⁹

Nachdem sich die Hoffnung auf einen kurzen Krieg als Illusion erwiesen hatte und die Offensive der deutschen Armeen an der Marne gestoppt worden war, musste die Mobilisierung von Ressourcen verschärft und beschleunigt werden, auch in anderen kriegführenden Staaten. So setzte die liberale Regierung unter Premierminister Herbert Asquith in Großbritannien 1916 die Wehrpflicht durch. Auch die Kriegswirtschaft war zu organisieren, zumal schon im Herbst 1914 in wichtigen kriegführenden Staaten – so in Deutschland – die Munition knapp geworden war. Die Notwendigkeit, die gesamte Gesellschaft zu mobilisieren und die einzelnen Bürger auf die Kriegswirtschaft auszurichten, verlieh technokratischen und autoritären Konzepten politisch-sozialer Ordnung kräftig Auftrieb. Zugleich gewannen Forderungen nach nationaler Integration – in Deutschland unter dem erstmals in den 1860er-Jahren von Antisemiten verbreiteten Konzept der „Volksgemeinschaft“ – erheblich Auftrieb.³⁰

Der „process of totalization“³¹ stärkte den Einfluss autoritärer Konzepte, die auf eine umfassende Kontrolle und Reglementierung gesellschaftlicher Prozesse

29 Vgl. John Horne, War and Conflict in Contemporary European History, 1914–2004. In: Konrad H. Jarausch/Thomas Lindenberger (Hg.), *Conflicted Memories. Europeanizing Contemporary Histories*, New York 2007, S. 81–95, hier 90; Wolfgang Mommsen, *Kriegsalltag und Kriegserlebnis im Ersten Weltkrieg*. In: Ders., *Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters*, Frankfurt a. M. 2004, S. 137–154, hier 142. Vgl. auch Wolfgang Kruse, *Zur Erfahrungs- und Kulturgeschichte des Ersten Weltkrieges*. In: Ders. (Hg.), *Eine Welt von Feinden*, Frankfurt a. M. 1997, S. 159 ff.

30 Vgl. Gunther Mai, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“. Staatliche Selbstbehauptung, nationale Solidarität und soziale Befreiung in Deutschland in der Zeit des Ersten Weltkrieges (1900–1925). In: Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Erste Weltkrieg*, München 1994, S. 583–602, hier 587, 590, 596; Steffen Bruendel, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2003.

31 Vgl. Anne Rasmussen, *Science and Technology*. In: John Horne (Hg.), *A Companion to World War I*, Oxford 2012, S. 307–322, hier 308.

„von oben“ zielten, ohne aber auf eine Mobilisierung „von unten“ verzichten zu können. Dieses Reglement war eingebettet in ein neues Konzept des Regierens, das im totalen Krieg auf eine umfassende Nutzung aller Ressourcen – darunter auch der Bevölkerung – und der Isolierung innerer „Feinde“ zielte. Dazu wurde die Kontrolle und Überwachung von Dissidenten, Zivilinternierten und Kriegsgefangenen in vielen europäischen Ländern 1915/16 deutlich verstärkt, so dass sich Ansätze eines „nationalen Sicherheitsstaats“ herausbildeten. Insgesamt nahm die „positive“ und „negative“ Staatsintervention in allen Krieg führenden Staaten enorm zu. Dieses Management bereitete dem Social Engineering die Bahn, das sich in den 1920er- und 1930er-Jahren in verschiedenen Regierungssystemen – von parlamentarischen Demokratien bis zu den modernen Diktaturen – in unterschiedlichen Varianten herausbildete.³²

So koordinierte in Deutschland das neu eingerichtete Kriegsrohstoffamt die Rüstungsproduktion von Unternehmen, die sich in mehr als 200 Kriegsgesellschaften zusammengeschlossen hatten. Das „Hindenburg-Programm“ weitete 1916 schließlich nicht nur die Kriegsproduktion aus, sondern unterstellte auch die Arbeiterschaft staatlicher Kontrolle. Darüber hinaus wuchs die Macht der Obersten Heeresleitung und des preußischen Kriegsministeriums gegenüber den 25 Stellvertretenden Generalkommandos der Armee. Schließlich gerieten die Reichsleitung unter Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg und sogar Kaiser Wilhelm II. zunehmend in den Schatten der 1916 gebildeten Dritten Obersten Heeresleitung, mit der Paul von Hindenburg und Erich von Ludendorff faktisch eine Militärdiktatur errichteten. Allerdings war die Zentralisierung entscheidender Kompetenzen keineswegs durchweg effektiv. Vielmehr führte die überbürokratisierte staatliche Kontrolle wiederholt zu Reibungsverlusten, welche die Organisation der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft für die Kriegführung behinderten.³³

In Großbritannien belastete die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht die liberale Regierung unter Asquith 1915 so nachhaltig, dass Lloyd George, der als Schatzkanzler zuvor die Produktion von Munition organisiert hatte, Ende 1916 schließlich ein Kriegskabinett bilden konnte. Auch im Mutterland des Parlamentarismus traten politische Entscheidungskriterien zugunsten von technokratisch-autoritären Konzepten zurück, die sich z.T. dem Einfluss und der Kontrolle des Unterhauses entzogen. Im Rahmen eines Kommandosystems bildete sich eine enge Verflechtung von Kriegswirtschaft, Wissenschaft und Militärbehörden heraus. Allerdings setzten sich in Großbritannien mittelfristig keineswegs autoritäre Strukturen durch. Vielmehr beherrschte der Ruf nach einer Rückkehr zur „Normalität“ der (glorifizierten) Vorkriegszeit nach 1918 die Innenpolitik der britischen

32 Vgl. Peter Holquist, „Information is the Alpha and Omega of Our Work“: Bolshevik Surveillance in Its Pan-European Context. In: *Journal of Modern History*, 69 (1997), S. 415–450, hier 417–419, 443, 445 (Zitat 443). Zu den internierten Feindstaatsangehörigen: Annette Becker, *Captive Civilians*. In: Winter (Hg.), *Cambridge History*, S. 257–281.

33 Vgl. Gerhard Hirschfeld, *Germany*. In: Horne (Hg.), *Companion*, S. 435–439.

Regierungen, vor allem nach dem Scheitern des Kabinetts unter Premierminister Lloyd George 1922. Dennoch blieben autoritäre Ordnungskonzepte virulent, wie die Mobilisierung paramilitärischer Gruppen während des Generalstreiks 1926 und die anfängliche Zustimmung zeigen, auf die Oswald Mosleys British Union of Fascists in der Krise des parlamentarischen Systems in den frühen 1930er-Jahren bei den konservativen Eliten des Inselreichs traf.³⁴

Die Herausbildung korporativer Strukturen und die Stärkung der Exekutive ermöglichten auch in anderen europäischen Staaten die Weiterführung des Kriegs. Entgegen den späteren Interpretationen neoliberaler Politiker und Ökonomen (wie Friedrich A. von Hayek) ist der beschleunigte Übergang zur staatlichen Planung und Steuerung sozioökonomischer Prozesse weniger dem Druck von Wählern in Demokratien geschuldet als in den Zwängen des Ersten Weltkriegs verwurzelt. Dieser Prozess vertiefte gesellschaftliche Gegensätze und Konflikte zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, vor allem in den multiethnischen Imperien. So verbreitete sich in Russland, wo bis 1921 insgesamt rund 30 Millionen Menschen dem Krieg und seinen Folgen zum Opfer fielen, angesichts der Kämpfe in den westlichen Regionen Unruhe unter den dort lebenden Minderheiten. Inflationäre Tendenzen, Hunger und Mangel verließen auch in den ungarischen, böhmischen und polnischen Gebieten der Habsburgermonarchie Forderungen nach einer Lösung vom Reich und der Gründung eigener Nationalstaaten auftrieb. In Italien war die Unsicherheit der Machteliten über die Rolle des Landes in der internationalen Politik im „Syndrom von 1915“ (dem Kriegseintritt auf der Seite der alliierten Mächte) kulminiert. Auch in Demokratien prägte der „warfare state“ dauerhaft die politische und gesellschaftliche Ordnung, denn die Staatsquote war infolge des Kriegs deutlich gewachsen. Zudem führten die Versorgung der Kriegsversehrten, aber auch die Ansprüche der zurückgekehrten Soldaten eine Ausweitung der staatlichen Sozialpolitik herbei. Insgesamt stärkte die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Organisation der Kriegführung technokratische Dispositionen und Strukturen. Sie brachten Wohlfahrtsstaaten, aber auch autoritäre Ordnungen hervor, die ihre Legitimität nicht mehr – wie die Monarchien – vorrangig aus Traditionen bezogen, sondern aus dem vermeintlich rationalen Ziel, die Kriegführung zu stärken.³⁵

34 Vgl. Bernhard Dietz, *Neo-Tories. Britische Konservative im Aufstand gegen Demokratie und politische Moderne (1929–1939)*, München 2012; Martin Pugh, 'Hurrah for the Blackshirts!'. Fascists and Fascism in Britain between the Wars, London 2005; Arnd Bauerkämper, Die „radikale Rechte“ in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom späten 19. Jahrhundert bis 1945, Göttingen 1991, S. 127, 184. Grundlegend zur unmittelbaren Nachkriegszeit noch immer: Kenneth O. Morgan, *Consensus and Disunity. The Lloyd George Coalition Government 1918–1922*, Oxford 1979; Kathleen Burk (Hg.), *War and the State. The Transformation of British Government, 1914–1919*, Boston 1982. Vgl. auch Rasmussen, *Science*, S. 312.

35 Vgl. Horne, *Great War*, S. 633 f. Vgl. zu Italien Mario Isnenghi, *Italien*. In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn 2003, S. 97–104, hier 101; Enrico Rusconi, *Das Hasardspiel des Jahres*

V. Die Herausforderung des Faschismus

Der Faschismus knüpfte unmittelbar an den Erfahrungs- und Deutungshorizont des Ersten Weltkriegs an. In Italien traten 1919 die Folgelasten des bewaffneten Konflikts hervor. Das Land hatte nicht nur 700 000 Soldaten verloren, sondern auch den Übergang zur Kriegswirtschaft nicht bewältigt. So war die demütigende Niederlage bei Caporetto gegen deutsche und österreichische Truppen Ende Oktober 1917 auf erhebliche organisatorische und logistische Mängel zurückzuführen. Nach dem Ende des Kriegs, als die Enttäuschung über den „verstümmelten Sieg“ („vittoria mutilata“) wuchs, erwies sich die Demobilisierung der zurückkehrenden Soldaten als schwierig. Ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Reintegration vollzog sich nur langsam. Vor allem an den umstrittenen Nordgrenzen Italiens breitete sich paramilitärische Gewalt aus. Inspiriert und geführt von dem Dichter Gabriele D’Annunzio, eroberten meuternde Soldaten, denen die Gesellschaft im Frieden fremd geblieben war, 1920 vorübergehend die Stadt Fiume (Rijeka). Zugleich radikalisierten die wachsende Inflation und zunehmende Beschäftigungslosigkeit die Arbeiterschaft in den landwirtschaftlichen Betrieben und in den Industrieunternehmen. Nachdem sich 1919/20 vor allem in Norditalien Streiks sprunghaft ausgebreitet hatten, setzten Großgrundbesitzer die *Fasci di Combattimento*, die der frühere Sozialist Benito Mussolini 1919 gebildet hatte, als gegenrevolutionäre Kampfgruppen ein. Während die Gewalt der *Squadri* in den folgenden beiden Jahren ganz Norditalien erfasste, führte Mussolini in Rom Gespräche mit den Regierungsparteien, die in den Neuwahlen vom Mai 1921 mit dem Konzept gescheitert waren, die Sozialisten in die Koalition zu zwingen. Nachdem der Generalstreik, den die sozialistischen Gewerkschaften am 1. August 1922 erklärt hatten, niedergeschlagen worden war, riefen die faschistischen Führer am 24. Oktober in Neapel zum „Marsch auf Rom“ auf. Zugleich beruhigte Mussolini in Rom die Armee und den König, der den Duce schließlich am 29. Oktober 1922 beauftragte, eine neue Regierung zu bilden. Die Doppelstrategie, den Protest einer sehr ungleichen Allianz aus Ober- und Unterschichten gegen die liberalen Nachkriegsregierungen zu mobilisieren und zugleich die traditionellen Eliten Italiens durch Konzessionen und Druck zum Einlenken zu bewegen, kennzeichnete auch die Durchsetzung der Einparteindiktatur Mussolinis von 1922 bis 1925. Im Gegensatz zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933/34 konnte der Duce in diesem Prozess den Einfluss des Establishments in der Monarchie, Staatsverwaltung

1915. Warum sich Italien für den Eintritt in den Ersten Weltkrieg entschied. In: Johannes Hürter/Gian Enrico Rusconi (Hg.), *Der Kriegseintritt Italiens im Mai 1915*, München 2007, S. 13–52, hier 18, 39 f., 41. Zu Russland Dittmar Dahlmann, *Russland*. In: Hirschfeld/Krumeich/Renz (Hg.), *Enzyklopädie*, S. 87–96, hier 92 f., 96. Zur Habsburgermonarchie Manfred Rauchensteiner, *Österreich-Ungarn*. In: Hirschfeld/Krumeich/Renz (Hg.), *Enzyklopädie*, S. 64–86, hier 80, 83 f. Zu Japan Dickinson, *Perspective*, S. 1159.

und Armee aber nie vollends beseitigen, obgleich ihm der König 1940 auch den Oberbefehl über Italiens Streitkräfte übertrug.³⁶

Auch der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland war einerseits auf langfristig wirksame Belastungen zurückzuführen, die vor allem der ungleichmäßige Modernisierungsprozess seit der Mitte des 19. Jahrhunderts verursacht hatte. Andererseits sind – ebenso wie in Italien – die Krisen in Rechnung zu stellen, die sich erst nach dem Ende des Ersten Weltkriegs herausgebildet hatten. Während die Hochkonjunktur im wilhelminischen Kaiserreich mit einem neuen Industrialisierungsschub einherging, verschärften sich die Gegensätze in der expandierenden Klassengesellschaft. Vor allem aber blieb der politische Wandel weit hinter der sozioökonomischen Modernisierung zurück. Zwar war 1871 das allgemeine und gleiche Stimmrecht für Männer ab 25 Jahren in Wahlen zum Reichstag eingeführt worden; die Macht des Parlamentes blieb jedoch bis 1918 gegenüber der monarchischen Herrschaftsspitze gering. Allenfalls in den kommunalen Vertretungskörperschaften bildeten sich Ansätze einer parlamentarischen Mitsprache heraus. Das angestaute Konfliktpotenzial entlud sich schließlich in der Endphase des Ersten Weltkriegs, als der im Sommer 1914 von Kaiser Wilhelm II. verkündete „Burgfrieden“ vollends zerbrach. Die Organisation und Mobilisierung der Gesellschaft für die Kriegswirtschaft überdehnte trotz der schnellen Abfolge von Kriegsanziehungen die zur Verfügung stehenden Ressourcen. Verstärkt durch das Embargo, das Großbritannien gegen das Deutsche Reich verhängt hatte, nahmen seit 1916 Not und Verzweiflung zu. Insgesamt wuchsen die sozialen Spannungen und politischen Gegensätze. Sie traten 1917 in der „Friedensresolution“ des Reichstags offen hervor. Im September 1918 musste die Oberste Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff schließlich die militärische Niederlage eingestehen. Als Wilhelm II. am 9. November zurücktrat und der Waffenstillstand zwei Tage später unterzeichnet wurde, waren rund zwei Millionen deutsche Soldaten gefallen, 4,2 Millionen verwundet und über eine Million vermisst.³⁷

Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 erlegte der in den Wirren der Revolution gegründeten Weimarer Republik hohe Reparationszahlungen auf. Zudem mussten Elsass-Lothringen, die östlichen preußischen Provinzen, Schleswig, einzelne Gebiete Oberschlesiens und alle überseeischen Kolonien abgetreten wer-

36 Einen Überblick bietet Brunello Mantelli, *Kurze Geschichte des italienischen Faschismus*, Berlin 1998, S. 61–71; Bauerkämper, *Faschismus*, S. 51–54. Zum Trauer- bzw. Heldenkult Oliver Janz, *Trauer und Gefallenenkult nach 1918. Italien und Deutschland im Vergleich*. In: *Politische Kultur und Medienwirklichkeit in den 1920er Jahren*. Hg. von Ute Daniel, Inge Marszolek, Wolfram Pyta und Thomas Welskopp, München 2010, S. 257–278, bes. 269–271.

37 Angaben nach Jay Winter, *Victimes de la Guerre. Morts, blessés et invalides*. In: Stéphane Audoin-Rouzeau/Jean-Jacques Becker (Hg.), *Encyclopédie de la Grande Guerre 1914–1918. Histoire et culture*, Paris 2004, S. 1075–1085, hier 1077. Bilanz der neueren Forschung im internationalen Vergleich in Arnd Bauerkämper/Elise Julien (Hg.), *Durchhalten! Krieg und Gesellschaft im Vergleich 1914–1918*, Göttingen 2010.

den. Darüber hinaus zwangen die siegreichen Alliierten die deutsche Verhandlungsdelegation in Versailles, einer weitgehenden Entwaffnung zuzustimmen. Nicht zuletzt – und besonders demütigend – legte der oktroyierte Friedensvertrag fest, dass „Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Kriegs erlitten haben“. Auch die Prozesse, die von 1921 bis 1927 vor dem Reichsgericht in Leipzig gegen deutsche Kriegsverbrecher geführt wurden, schürten nach 1918 nationalistische Ressentiments.³⁸

Nachdem die Weltwirtschaftskrise einen deutlichen Rückgang der Produktion und eine schnelle Zunahme der Arbeitslosigkeit herbeigeführt hatte, stellte der im März 1930 zum Reichskanzler ernannte Heinrich Brüning, dessen Regierung ab Juli auch von den Sozialdemokraten toleriert wurde, seine Deflationspolitik weitgehend in den Dienst des außenpolitischen Revisionismus. Damit verschärfte er die ökonomische Krise, sodass besonders die sprunghaft zunehmende Arbeitslosigkeit die Republik fortschreitend diskreditierte. Demgegenüber verliert der wirtschaftliche Zusammenbruch in den frühen 1930er-Jahren den konservativen Parteien – besonders der Deutschnationalen Volkspartei –, aber auch der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der 1919 gegründeten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) kräftig Auftrieb. Zugleich schaltete Brüning in Zusammenarbeit mit Reichspräsident Paul von Hindenburg das Parlament durch die autoritäre Regierung weitgehend aus der politischen Entscheidungsfindung aus. Die Weimarer Republik wurde damit zu einer defekten Demokratie. Nachdem auch die autoritären Kabinette, die seit Juni 1932 die Reichskanzler Franz von Papen und Kurt von Schleicher gebildet hatten, gescheitert waren, ernannte Hindenburg schließlich am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler. Da außer dem „Führer“ zunächst nur zwei Nationalsozialisten als Minister amtierten, hofften Hitlers Koalitionspartner, die NSDAP „zähmen“ zu können. Ebenso wie die traditionellen Eliten in Italien erkannten sie zu spät, dass die führenden Nationalsozialisten keineswegs nur auf eine dauerhafte autoritäre Umformung der parlamentarischen Regierungssysteme und die Revision des Versailler Vertrags zielten, sondern auf eine nahezu uneingeschränkte Diktatur, eine geschlossene „Volksgemeinschaft“ und letztlich einen Vernichtungskrieg. Der Vergleich des Übergangs von der Bewegungs- zur Regimephase des deutschen Nationalsozialismus und des italienischen Faschismus verweist damit auf den Stellenwert der Konfiguration traditionaler, autoritärer und faschistischer Eliten.³⁹

38 Vgl. Jürgen Matthäus, *The Lessons of Leipzig. Punishing German War Criminals after the First World War*. In: Patricia Heberer/Jürgen Matthäus (Hg.), *Atrocities on Trial. Historical Perspectives on the Politics of Prosecuting War Crimes*, Washington 2008, S. 3–23. Zit. nach Harold James, *Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914–2001*, München 2004, S. 67.

39 Vgl. Paxton, *Anatomy*, S. 6–8.

VI. Radikal-autoritäre Ordnungsmodelle als Konkurrenz des Faschismus: das Regime Ion Antonescus in Rumänien und die „Eiserne Garde“

Auch nach dem Aufstieg des italienischen Faschismus und der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten in Deutschland behaupteten sich in Europa jedoch autoritäre Regimes, vor allem in Spanien und in Rumänien. Hier verfügten faschistische „Führer“ nicht über den politischen Raum, den eine umfassende politisch-gesellschaftliche Mobilisierung erforderte. Im Gegensatz zu den faschistischen Diktaturen, welche an die Radikalisierung und die gewalttätigen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit anknüpften, strebten die autoritären Eliten nach dem Zweite Weltkrieg vorrangig an, die jeweiligen Gesellschaften stillzulegen. Im Rahmen einer korporativ-autoritären Ordnung sollten alle sozialen und politischen Gruppen in den „organischen“ Nationalstaat integriert werden, der als Leitbild propagiert wurde.⁴⁰

So kann Francos autoritäres Regime allenfalls bis 1945 als „semifaschistische“⁴¹ oder „faschierte“⁴² Diktatur interpretiert werden. Die Faschisten beeinflussten vor allem bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs durchaus die Entwicklung des „Neuen Staates“, der aber von Francos Autoritarismus geprägt blieb. Der Caudillo verfügte zwar nicht über Charisma, aber über eine erhebliche Anerkennung, die sich vor allem aus seinem Sieg im Bürgerkrieg speiste. Zwar bestand in Spanien bis zum Tod Francos am 20. November 1975 eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen der traditionellen konservativen Rechten und der Falange; das Verhältnis wurde aber zusehends asymmetrischer. Letztlich blieb die faschistische Bewegung in der Einheitspartei gebunden und der Autorität der staatlichen Institutionen unterworfen.⁴³

Noch deutlicher obsiegt von 1918 bis 1945 autoritäre Modelle politisch-gesellschaftlicher Ordnung in Rumänien. Mit der Bildung des nationalen Einheitsstaats 1918 hatte das Land, das als Sieger aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen war, weite Gebiete hinzugewonnen, besonders die Bukowina, Bessarabien, das östliche Banat und Siebenbürgen. Zugleich waren jedoch starke Minderheiten in den neuen Staat einzugliedern, in dem die Rumänen nur rund 70 Prozent der Bevölkerung stellten. Sie herrschten in der Staatsverwaltung vor. Demgegenüber dominierten die Minoritäten – vor allem Juden – im Kleinhandel und Gewerbe. Die Gegensätze zwischen den Volksgruppen und sozioökonomische Disparitäten verliehen in Rumänien den radikalen Nationalisten Auftrieb, die sich nicht nur gegen den Liberalismus, sondern auch gegen

40 Vgl. Paul H. Lewis, *Latin Fascist Elites. The Mussolini, Franco, and Salazar Regimes*, London 2002, S. 199 f.

41 Stanley G. Payne, *The Franco Regime 1936–1975*, Madison, WI 1987, S. 622.

42 Ismael Saz Campos, *Fascism, Fascitization and Developmentalism in Franco's Dictatorship*. In: *Social History*, 29 (2004), S. 342–357, hier 344 f.

43 Vgl. Stanley G. Payne, *Franco, the Spanish Falange and the Institutionalisation of Mission*. In: *Totalitarian Movements and Political Religions*, 7 (2006) 2, S. 191–201, hier 196 f.

den Konservatismus und die Bauerntumsideologie des agrarischen Populismus richtete. In dieser Konstellation bildeten sich Stoßtrupps ehemaliger Soldaten, radikaler Nationalisten und überzeugter Antisozialisten heraus. Aus diesen Gruppen ging die „Legion Erzengel Michael“ hervor, die der junge Rechtsanwalt Corneliu Zelea Codreanu 1927 gründete. Zunächst fungierte der italienische Faschismus als Vorbild, bevor Codreanu ab 1932 zu einem Bewunderer der deutschen Nationalsozialisten wurde. Dabei kultivierte er offen Gewalt, mit der eine „quasireligiöse Neufundierung der gesellschaftlichen Ordnung“⁴⁴ erzwungen werden sollte.

Am 9. Dezember 1933 verbot die nationalliberale Regierung unter Ion G. Duca aber die in „Eiserne Garde“ umbenannte „Legion Erzengel Michael“, der terroristische Aktivität vorgeworfen wurde. Obgleich der Premierminister daraufhin am 29. Dezember von drei „Legionären“ erschossen wurde, konnte Codreanus Organisation ab 1935 erneut unter dem Namen „Alles für das Land“ als politische Partei auftreten. Nach dem Zusammenbruch der nationalliberalen Regierung 1937 löste die tiefe politische Krise und der damit einhergehende schnelle Aufstieg der „Legion Erzengel Michael“ schließlich im Februar 1938 einen Staatsstreich aus, den König Carol II. „von oben“ betrieben hatte. Daraufhin wurden zahlreiche Führer der „Legion“ am 16. und 17. April 1938 verhaftet und Codreanu sogar ermordet. Ein Attentat auf den Ministerpräsidenten Armand Călinescu im September 1939 führte darüber hinaus zur Hinrichtung von rund 250 Anhängern des neuen Faschistenführers Horia Sima. Die harte Repressionspolitik drängte die verbliebenen Mitglieder der Bewegung, die nach ihrer 1930 gebildeten Miliz auch „Eiserne Garde“ genannt wurde, schließlich in den Untergrund. Erst im Zuge der Annäherung Rumäniens an das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien wurde sie im September 1940 in die Regierung des neuen „Nationallegionären Staats“ aufgenommen, mit dem General Ion Antonescu die Königsdiktatur Carols II. beseitigte. Jedoch konnte der neue Machthaber Horia Sima schon im Januar 1941 entmachten, zumal Adolf Hitler dem Kriegsbündnis mit Rumänien Priorität gegenüber der ideologischen Affinität zu den rumänischen Faschisten einräumte. Damit scheiterte das Konzept der „Eisernen Garde“, die traditionellen Institutionen zu unterwandern und die autoritären Strukturen zu durchdringen. Auch hatte sich die Organisation nicht dauerhaft eine Massenbasis gesichert, obgleich ihr ausgeprägter Führerkult und die Mystifizierung des ländlichen Lebens durchaus auf Resonanz getroffen war.

44 Armin Heinen, Rituelle Reinigung. Politische, soziale und kulturelle Bedingungsfaktoren faschistischer Gewalt in Rumänien. In: Christof Dipper/Rainer Hudemann/Jens Petersen (Hg.), *Faschismus und Faschismen im Vergleich*. Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag, Köln 1998, S. 263–272, hier 271. Vgl. auch Radu Ioanid, *Romania*. In: Bosworth (Hg.), *The Oxford Handbook of Fascism*, Oxford 2009, S. 398–413, hier 401–403; Zigu Ornea, *The Romanian Extreme Right. The Nineteen Thirties*, Boulder 1999, S. 265–277; Armin Heiden, *Die Legion „Erzengel Michael“ in Rumänien. Soziale Bewegung und politische Organisation*. Ein Beitrag zum Problem des internationalen Faschismus, München 1986, S. 151–256.

Zudem hatte die „Eiserne Garde“ den populären romantischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts an die politischen und sozioökonomischen Bedingungen angepasst, die in Rumänien in den 1920er- und 1930er-Jahren vorherrschten. Letztlich unterstützte jedoch vor allem die orthodoxe Kirche die traditionellen Autoritäten. Auch die Korruption und der Klientelismus in dem schwach institutionalisierten politisch-gesellschaftlichen System Rumäniens hatten die Macht der alten Eliten konserviert, sodass die „Eiserne Garde“ ihren auf Wandel zielenden Herrschaftsanspruch nicht durchsetzen konnte.⁴⁵

Insgesamt verweist das spezifische Verhältnis von autoritären und faschistischen Elementen in den Diktaturen Antonescus und Francos auf den Einfluss politischer Führer, ihrer Parteien, der staatlichen Verwaltung und traditionaler Institutionen wie der Generalität und Kirchenleitungen. Nur wo ihre Partei eng an die jeweiligen Führer gebunden war und im Übergang zum Regime das Herrschaftsmonopol gegen autoritäre Kräfte durchsetzte, konnten die Faschisten eine Diktatur errichten.⁴⁶

VII. Der Erste Weltkrieg, traditionale Ordnungsvorstellungen und die Herausforderung der Demokratie durch autoritäre Organisationen und faschistische Bewegungen

Obleich wichtige ideologische Wurzeln des europäischen Faschismus in den Hochimperialismus des späten 19. Jahrhunderts, in den radikalen Nationalismus und Kulturpessimismus des *Fin de Siècle* zurückreichen, führte erst der Erste Weltkrieg eine radikale politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Mobilisierung herbei, die autoritären und faschistischen Ordnungskonzepten und Gruppen Auftrieb verlieh. Vor allem in den Nationalstaaten, die als Verlierer aus dem Krieg hervorgegangen waren, gerieten die Demokratien schon in den frühen 1920er-Jahren unter Druck. So errang Mussolinis faschistische Partei be-

45 Vgl. Constantin Iordachi, *Charisma, Politics and Violence: The Legion "Archangel Michael" in Interwar Romania*, Trondheim 2004, S. 117, 129; ders., *God's Chosen Warriors: Romantic Palingenesis, Militarism and Fascism in Modern Romania*. In: Ders. (Hg.), *Comparative Fascist Studies*, S. 316–357; Radu Ioanid, *The Sword of the Archangel. Fascist Ideology in Romania*, Boulder 1990, S. 98–198; Traian Sandu, *A Model of Fascism in European Agrarian Peripheries: the Romanian Case*. In: *Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes* 2010, S. 204–222; Florin Müller, *Autoritäre Regime in Rumänien 1938–1944*. In: Erwin Oberländer (Hg.), *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa*, Paderborn 2001, S. 471–498.

46 Vgl. António Costa Pinto, *Elites, Single Parties and Political Decision-Making in Fascist-Era Dictatorships*. In: *Contemporary European History*, 11 (2002), S. 429–454; ders., *Ruling Elites, Political Institutions and Decision-Making in Fascist-Era Dictatorships: Comparative Perspectives*. In: Ders. (Hg.), *Rethinking the Nature of Fascism*, New York 2011, S. 197–226, hier 198, 219, 221; Robert Paxton, *The Five Stages of Fascism*. In: *Journal of Modern History*, 70 (1998), S. 1–23, hier 18.

reits 1922 in Italien die Macht, wenngleich erst 1925 das Herrschaftsmonopol. Deutlich schneller konnte Hitler nach seiner „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 seine nationalsozialistische Diktatur durchsetzen. Auch in anderen Staaten trat das totalitäre politische Potenzial hervor, das der totale Erste Weltkrieg generiert hatte. Faschistische Bewegungen strebten durchweg eine Überwindung parlamentarisch-liberaler Demokratien an. Dabei nahmen sie Formen demokratischer Partizipation für sich in Anspruch und strebten eine plebiszitäre Legitimation an. Der Faschismus war als Konzept und Praxis politisch-gesellschaftlicher Ordnung gleichermaßen antidemokratisch und postdemokratisch.⁴⁷

Jedoch beherrschte der Faschismus in Europa in den 1920er- und 1930er-Jahren keineswegs uneingeschränkt die rechtsnationalistische Politik, die sich gegen die Demokratien richtete. Vielmehr blieben autoritäre Regimes vor allem in Südwest- und Südosteuropa noch im Zweiten Weltkrieg durchaus einflussreiche konkurrierende Ordnungsmodelle. Ihre Exponenten grenzten sich in den Balkanstaaten ebenso von der traditionellen Herrschaft in den Königs- oder Militärdiktaturen ab wie von den faschistischen Herausforderern. Zugleich nahmen sie traditionale Legitimationsbezüge und faschistische Stilelemente auf. So bezeichnete sich Admiral Miklós Horthy, der 1920 in Ungarn ein autoritäres Regime etablierte, im Rekurs auf die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie als „Reichsverweser“. Damit sollten Traditionsbindungen als Legitimitätsressource genutzt werden. Horthy behauptete seine Herrschaft bis 1944, bevor unter der Kuratel der deutschen Besatzungsmacht die faschistischen „Pfeilkreuzler“ unter Ferenc Szálasi die Macht übernahmen und ihre Terrorherrschaft errichteten.⁴⁸

Insgesamt waren die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf traditionale und autoritäre Konzepte und Strukturen politisch-gesellschaftlicher Ordnung ambivalent. Der Zwang, die Kriegführung zu organisieren und alle Ressourcen zu mobilisieren, hatte vor allem in Frankreich und Deutschland staatliche Institutionen enorm gestärkt. Auch in Großbritannien war die Staatsintervention gewachsen, vor allem nach der Ernennung Lloyd Georges zum Premierminister 1916. Obleich die Regierungen dieser drei Staaten die Eingriffe in die Gesellschaft bereits vor 1914 ausgeweitet hatten – besonders im Bereich der Rüstungs- und Sozialpolitik –, ging aus dem Ersten Weltkrieg letztlich der moderne Wohlfahrtsstaat hervor. Er war zunächst begleitet von der Herausbildung sozialer Demokratien, deren Zerfall ebenso wenig absehbar oder sogar determiniert war wie der Zweite Weltkrieg. Nicht nur in Europa, sondern auch in Ostasien wurden liberale Ordnungen etabliert, deren Eliten – so in Japan – in den 1920er-Jahren eine weitreichende Politik innenpolitischer Reformen und außenpolitischer

47 Vgl. Adrian Lyttelton, Concluding Remarks. In: Pinto (Hg.), *Rethinking*, S. 271–278, hier 273.

48 Vgl. Tim Cole, Ebenen der „Kollaboration“: Ungarn 1944. In: Tatjana Tönsmeier (Hg.), *Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939–1945*, Göttingen 2003, S. 55–77. Überblick in Philip Morgan, *Fascism in Europe, 1919–1945*, London 2003, S. 81; Mark Pittaway, Hungary. In: Bosworth (Hg.), *Handbook*, S. 380–397.

Friedenssicherung initiierten. Erst unter dem Eindruck wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Krisen wandten sich Schlüsselakteure grundsätzlich von demokratischen Werten und Ordnungen ab. Dabei ist die Rolle traditioneller Eliten hervorzuheben. In einer Konstellation, in der sie schwach legitimiert waren und nicht mehr über die kulturelle Hegemonie verfügten, erlagen sie der Illusion, faschistische Bewegungen an der Macht kontrollieren zu können. Diese hatten aber bereits zivilgesellschaftliche Strukturen – vor allem Vereine – in Dienst genommen und sich zu Fürsprechern breiter politischer und sozialer Partizipation erklärt.⁴⁹

Die Krise der Politik, die das Handeln der überkommenen Führungsgruppen widerspiegelte, war aber auch im Ersten Weltkrieg verwurzelt. Von 1914 bis 1918 hatten die kriegführenden Staaten breite gesellschaftliche Gruppen der umfassenden Regelungspraxis staatlicher Behörden unterworfen. Autoritäre Ordnungskonzepte hatten – in unterschiedlichem Ausmaß – den Primat des Militärs fundiert und die Einschränkung parlamentarischer Macht begünstigt. In anderen europäischen Ländern – besonders in Ungarn, Deutschland und Italien – ging mit der „Vergötzung von Staat oder Nation“, welcher der Erste Weltkrieg enorm Auftrieb verliehen hatte, eine „Entgrenzung als Zerstörung rechtlich moralischer Ordnung“ einher. Ein ungebremsster Voluntarismus und die Verherrlichung der Gewalt erhöhten einerseits die Attraktivität autoritär-hierarchischen Ordnungskonzepte, zersetzten aber letztlich die staatliche Ordnung, deren Stärkung nach dem Kriegsende die gewalttätigen Aktivisten paramilitärischer Gruppen beanspruchten. Obwohl die Zahl der demokratisch regierten Länder in Europa nach dem Kriegsende deutlich wuchs, waren damit Keime totalitären Strebens nach Eindeutigkeit, Authentizität und Sicherheit gelegt.⁵⁰

Allerdings hatte der Erste Weltkrieg auch den Einfluss traditionaler und autoritärer Ordnungsvorstellungen und Herrschaftssysteme keineswegs gebrochen. So vollzog sich nach 1918 keineswegs eine zunehmende „charismatische Aufladung“ politischer Herrschaft und Führerschaft.⁵¹ Vielmehr bildeten sich neben den demokratischen Regierungssystemen, den faschistischen Diktaturen und dem bolschewistischen Regime in Russland in der Zwischenkriegszeit autoritäre Herrschaftsordnungen heraus, welche die Erfahrungen des staatlichen Kriegsreglements voraussetzten und auf traditionellen Stabilitäts- und Sicherheits-erwartungen basierten. Anders als die viel zitierte Denkfigur vom „Zeitalter der Extreme“ und die dichotomische Interpretation vom globalen Konflikt zwischen den neuen totalitären Diktaturen und Demokratien suggeriert, blieben traditionale Ordnungsvorstellungen auch nach dem Ersten Weltkrieg einflussreich,

49 Vgl. Reynolds, Shadow, S. 51; Riley, Foundations, S. 21 f., 197, 203; Dickinson, Perspective, S. 1160, 1165, 1167, 1171 f., 1182.

50 Zit. nach Peter Krüger, Der Erste Weltkrieg als Epochenschwelle. In: Hans Maier (Hg.), Wege in die Gewalt. Die modernen politischen Religionen, Frankfurt a. M. 2000, S. 70–91, hier 81, 83.

51 Demgegenüber: Eatwell, Introduction, S. XXVII f.

obgleich sie z.T. in andere Herrschaftssysteme diffundierten. So nutzten sie faschistische Bewegungen und Diktaturen ebenso wie autoritäre Gruppen und Regimes als Ressourcen zur Legitimation und Stabilisierung ihrer Herrschaft. Obwohl sie eine weitergehende Umgestaltung anstrebten, beriefen sie sich auf die Wiederherstellung von Sicherheit und Stabilität. Gerade mit ihrer Indienstnahme traditionaler Ordnungskonzepte wurden Autoritarismus und Faschismus in der Zwischenkriegszeit zu einer fundamentalen Herausforderung von Demokratien. Ohne die gravierenden Unterschiede zu verdecken, sollte die Forschung autoritäre und faschistische Ordnungskonzepte deshalb deutlicher aufeinander beziehen und dabei berücksichtigen, dass diese traditionaler Herrschaft und demokratischer Systeme zur Abgrenzung und damit auch zur Legitimation bedurften.⁵²

52 Vgl. António Costa Pinto, Introduction: Fascism and the other ‘-isms’. In: Ders. (Hg.), *Rethinking*, S. 1–9, hier 3 f. Ders./Aristotle Kallis, Conclusion: Embracing Complexity and Transnational Dynamics: The Diffusion of Fascism an the Hybridization of Dictatorships in Inter-War Europe. In: Dies. (Hg.), *Rethinking Fascism*, S. 272–282.